Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

28.7.1864 (No. 176)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 28. Juli.

Nr. 176.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **Oldenburg** (in Holstein), 26. Juli. Den „Wagr. Fehmern. Blätt." zufolge trafen die Generale v. Rabenhorst und v. Hake, sowie mehrere höhere sächsische Offiziere zur Inspektion der sächsischen Truppen hier ein. Der hier stationirte Generalmajor v. Schimpff wurde vorgestern telegraphisch nach Altona berufen.

Berlin, 27. Juli. (W. T.-B.) Die „Spener. Ztg." hat ein Telegramm aus Wien vom 26., wornach Quaade in gestriger offiziöser Präliminarberathung erklärte, unbeschränkt bevollmächtigt zu sein, nur nachträgliche Regierungsgenehmigung vorbehalten zu müssen.

London, 27. Juli. (Sch. M.) In der gestrigen Sitzung des Oberhauses lenkte Lord Ellenborough die Aufmerksamkeit auf die Veränderungen in der politischen Lage; diese Veränderungen berühren nicht allein die Integrität Dänemarks, sondern auch die Giltigkeit der Verträge, die Sicherheit der kleinen Staaten, die Fortschritte der konstitutionellen Grundsätze. Graf Russell versuchte die Regierung wegen ihrer dänischen Politik zu entschuldigen, sagte, die Frage sei höchst verwickelt, klagte Dänemark an, daß es seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, und sagte, die Freiheiten Europa's wären weit mehr gefährdet gewesen, wenn England sich blind in den Krieg gestürzt hätte.

† **Neu-York,** 16. Juli. Die Unionisten überschritten den Potomac zur Verfolgung der Südstaatlichen. Dem Finanzminister Fessenden ist der Abschluß einer Anleihe von 50 Mill. Doll. nicht gelungen.

Aus Mexiko erfährt man, daß Uraga und Doblado sich den Franzosen unterworfen haben.

Deutschland.

Stuttgart, 26. Juli. (Schw. Mrk.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer eröffnet der Präsident, daß Se. Maj. der König folgende Antwort auf die Adresse ertheilt habe:

Die Stände sind die verfassungsmäßigen Organe Meines Volks; es kann Mir daher immer nur erwünscht sein, wenn dieselben Mir ihre Ansichten offen darlegen und aussprechen, sowie Sie dies in der so eben Mir übergebenen Adresse zu thun sich bestreben. Den Wünschen Meines Volks die höchste Aufmerksamkeit zu widmen, wird Mir stets als ein heiliges Gebot erscheinen. Meiner Pflicht getreu, werde Ich daher auch den Inhalt Ihrer Adresse gewissenhaft prüfen und hiernach alles Dasjenige auszuführen suchen, wovon auch Ich überzeugt bin, daß es dem Wohl des Landes förderlich sei. Für Meine auf das Wohl dieses Landes gerichteten Bestrebungen werden auch Sie, Ich bin es überzeugt, Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung Mir niemals versagen wollen.

Folgt nunmehr die Debatte über den dringlichen Antrag Oesterlen's und 53 Genossen, die gewaltthätige Besetzung Rendsburgs durch Preußen betreffend. (Den Wortlaut haben wir bereits mitgetheilt.)

Oesterlen begründet mit kurzen Worten den Antrag, worauf die Berathung darüber eröffnet wird. v. Varnbüler gegen den Antrag, weil im gegenwärtigen Augenblick die Sache noch nicht klar vorliege. Auf Zeitungsnachrichten dürfe man nicht gehen. Er treibe gewiß keine preußische Politik, aber Das wisse er, daß man vor genauer Festsetzung der Sache Alles thun müsse, um einen Bruch zu verhüten. Graf v. Bissingen für den Antrag. Die Zeitungsnachrichten haben ihm den Eindruck von Preußen gemacht: sic volo, sic jubeo. Er halte die Sache für so wichtig, daß er es ganz angemessen finde, wenn die Kammer, ehe sie auseinander gehe, die Stimme ihrer Entrüstung über den geschehenen Gewaltakt kund gebe. In diesem Sinn sei er für den Antrag. Hopf: Die Vergewaltigung drohe nicht bloß, sondern sie sei bereits vorhanden, himmelschreiend vorhanden, und zwar nicht an die Regierungen allein, sondern an das ganze deutsche Volk müsse die Aufforderung ergehen, dagegen zu protestiren. Der Feind, welcher Deutschland zu Füßen trete, sei im gegenwärtigen Augenblick kein anderer, als Preußen. Becher: Hannibal ante portas! Die Bedenken, welche v. Varnbüler angeführt habe, scheinen nicht stichhaltig, um den Aufschub zu beschließen. Angesichts der Veröffentlichung der Schriftstücke (des preußischen Prinzen: „mein König und Herr befiehlt mir, mich zum Herrn Rendsburgs zu machen") zwischen beiden Heeresführern sollte man doch wissen, wie man die Sache anzusehen habe. Wenn Oesterreich hier für die deutsche Ehre, Preußen gegenüber, einstehe, dann, und dann nur habe es Anspruch auf die Achtung des deutschen Volks. Eine Verständigung sei nur dann möglich, wenn man der preußischen Regierung, Angesichts dieser flagranten Rechtsverletzung, das Weiße im Aug zeige. v. Varnbüler bemerkt nunmehr, daß er nur mit den Erwägungsgründen zum Antrag nicht einverstanden sei, aber für die drei Punkte des Antrags stimmen werde.

Probst: Die kleinen und mittlern Staaten müssen fest sich aneinanderschließen; darin finde er auch das sicherste Mittel, welches einen Anschluß an das Ausland verhindere. Ihm scheine jetzt das einzig Richtige, daß die mittlern und kleinen Staaten sich unter einander verbinden. Er denke, daß für Württemberg der nächste Anschluß der an Sachsen sein müsse, um der Vergewaltigung entgegenzutreten. Die Kammer müsse ohne allen Unterschied der Parteien den Antrag annehmen, wie sie von Anfang an in der schleswig-holsteinischen Frage einig gewesen sei. Hölder: Der Gewaltakt in Rendsburg sei nur eine Konsequenz der frühern Gewaltthätigkeiten, welche Preußen sich habe zu Schulden kommen lassen. Er erinnere daran, daß schon früher in der Kammer auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden sei, Holstein von einer größern Anzahl Bundestruppen besetzen zu lassen, daß gewünscht worden sei, von Württemberg solle eine Brigade nach Holstein geschickt werden. Er habe von jeher darauf hingewiesen, daß die nationale Sache in Holstein nicht gehörig gesichert sei; die Thatsachen geben ihm Recht. Wenn die deutschen Bundesregierungen den Gewaltakt ruhig dahingehen lassen, dann haben sie ihre faktische Mediatisirung unterschrieben. Schott: Wenn man im eignen Hause angegriffen werde, so frage man nicht lange, woher der Angriff gekommen sei, sondern man wehre sich, so gut man könne.

Mohl: Wer sich selbst aufgebe, über den gehe die Gewalt hinweg. Seit Monaten ergehen Gewaltthaten gegen den Bund, aber der Bund sei stumm. Man verhöhne den Bund, man schlage Deutschland in's Gesicht; er frage, wenn man 100,000 Mann Bundestruppen nach Holstein geschickt hätte, ob dann die Vergewaltigung hätte geschehen können? Man setze jetzt den Bundesgeneral ab, aber nicht dieser sei der schuldige Theil, sondern der Bund, welcher diesem keine Truppen zur Verfügung gestellt habe. Lieber sollen, schließt Mohl, die kleinen Staaten mit Ehren untergehen, als ein Dasein der Schande führen. Römer für den Antrag, ohne den Erwägungsgründen beizustimmen. Der Redner findet sich veranlaßt, auszusprechen, daß er förmlich und feierlich protestire gegen jede Anrufung des Erbfeindes deutscher Nation in der vorliegenden Sache. Seeger ebenso. So weit seien wir noch nicht gekommen, daß wir an der eigenen Macht verzweifelten, um aus diesem Wirrsal herauszukommen; lieber müssen wir den letzten Kreuzer aufwenden, als die Hilfe des Auslandes anzurufen. Den Vertretern der deutschen Mittel- und Kleinstaaten aber möchte er zurufen, sie sollen bedenken, welche Folgen ihre Unthätigkeit haben könne. Die Zustände in Deutschland haben jetzt sehr viele Aehnlichkeit mit den Zuständen, welche vor einigen Jahren in den italienischen Staaten gewesen seien. Die Schwäche der deutschen Mittelstaaten habe diesen preußischen Uebermuth erzeugt.

Minister v. Linden: Alle Mitglieder seien in der Sache, wie es scheine, einverstanden, und er glaube, daß das gemeinsame Gefühl aller Orten getheilt werde; dennoch scheine v. Varnbüler nicht so unrecht gehabt zu haben, wenn er vor jeder Ueberstürzung gewarnt habe. Ohne über einen Hergang gehörig instruirt zu sein, ohne zu wissen, was der Bund beschlossen habe, sich so auszusprechen, wie von einigen Seiten geschehen sei, das finde er nicht erklärlich. Der betreffende Vorgang sei aus der allerneuesten Zeit; in dieser Lage der Sache könne man dem Bund nicht zum Vorwurf machen, daß nicht schon heute 100,000 Mann auf den Beinen stehen. Die Vorsicht gebiete, mit dem Urtheil zurückzuhalten.

Duvernoy findet sich veranlaßt, sich dringend zu verwahren gegen jeden Gedanken der Einmischung des Auslandes. Schütt: Man werde von keinem Mitglied dieses Hauses voraussetzen dürfen, daß es eine Einmischung des Auslandes, eine Einmischung des Erbfeindes deutscher Nation herbeizuführen wünsche. Gegen einen solchen Gedanken seien Alle, auch Die, welche nicht gerade mit dem Namen Erbfeind u. s. w. poltern. Wiest für den Antrag, indem die thatsächlichen Verhältnisse so weit festgestellt seien, um demselben beistimmen zu können. Minister v. Wächter: Die Regierung als solche habe sich mit der Angelegenheit von Rendsburg noch nicht beschäftigen können, weil die Thatsachen offiziell noch nicht mitgetheilt seien; so viel aber versichere er, sie, die Minister des Königs, seien eben so empfindlich für die nationale Ehre, wie irgend ein Mitglied in diesem Hause. Sie können aber nicht auftreten, ehe sie den Thatbestand gehörig eruirt haben. Auf eine Zeitungsnachricht hin werde man nicht Truppen marschiren lassen. Die Regierung könne sich anschließen an gleichgesinnte Bundesregierungen, und werde, wenn die Thatsachen vorliegen und geprüft seien, wenn die Stunde geschlagen habe, auch zu handeln wissen.

Sofort wird der Antrag Oesterlen's mit allen (86) Stimmen zum Beschluß der Kammer erhoben.

München, 24. Juli. Die Ergebnisse der hiesigen Zollkonferenz haben, wie die „Bayer. Ztg." vernimmt, die Genehmigung der sämmtlich dabei vertreten gewesenen Regierungen bereits erhalten.

Hannover, 25. Juli. Die offiziöse „N. Hannov. Ztg." bringt über die Rendsburger Vorgänge folgende Mittheilung:

Ueber die Streitigkeiten unter dem Militär zu Rendsburg ist der ermittelte Thatbestand folgender: Am 17. d. M. befand sich im Lokale des Schützenhauses zu Rendsburg preußisches, sächsisches und hannoversches Militär wie bisher in bester Eintracht; von jedem derselben war ein Unteroffizier zur Aufsicht anwesend. Die Sachsen und Hannoveraner, Bier trinkend, brachten sich freundschaftlicher Weise gegenseitig Hochs aus, worauf der preußische Unteroffizier unbefugter Weise und in anmaßendem Ton ihnen dieses untersagte. Sie wandten sich dieserhalb an ihre Unteroffiziere, die ihnen sagten, sie möchten es der Ruhe wegen unterlassen, was auch sofort geschah. Eine Stunde später brach Streit zwischen den Preußen und den Bundestruppen aus, wobei erstere Gewehre gebrauchten; die Unteroffiziere traten dazwischen und die Sachsen und Hannoveraner wurden fort in ihre Quartiere gesandt, der preußische Unteroffizier aber ersucht, seine Leute noch kurze Zeit in dem Saale zu behalten, damit der Streit auf der Straße nicht wieder anfange. Kaum hatten die Sachsen und Hannoveraner den Saal verlassen, als die Preußen durch Thür und Fenster ihnen folgten und mit ihren Seitengewehren auf die Bundestruppen einhieben; hierbei wurden 2 Hannoveraner an den Händen verwundet. Die Unteroffiziere trennten die Streitenden sofort und sandten sie in ihre Quartiere. Damit endigte der Krawall des ersten Tages. Am 18. d. M., Abends, während ziemlich viel Zivilpersonen, aber verhältnißmäßig nur wenig Militärs sich auf der Straße im Neuwerk befanden, kam ein hannover'scher Soldat zu der von den Sachsen besetzten Wache und bat um Verhaftung eines Preußen, der ihn so gerannt habe, daß er gegen einen Baum geflogen sei. Der Preuße wurde durch eine Patrouille verhaftet und der preußischen Wache übergeben. Außerdem soll ein preußischer Kanonier durch einen Steinwurf am Kopf verwundet worden sein; wer den Stein geworfen hat, ist nicht ermittelt, von weitern Zusammenstößen des Militärs war nichts bekannt. Der Kommandant von Rendsburg ließ Zapfenstreich schlagen und ausgesandte Offiziere und Unteroffiziere beorderten die Bundestruppen sofort in die Quartiere, worin sie sich sämmtlich um 9½ Uhr befanden. Vier hannover'sche Korporale, welche um etwa 9¾ Uhr einzeln vom Visitiren der Quartiere zurückkehrten, wurden ohne alle Veranlassung von preußischen Soldaten überfallen, und 3 von ihnen, sowie ein ruhig vor seinem Quartier sitzender hannover'scher Soldat durch Hiebe mit dem Seitengewehr über den Kopf von den Preußen verwundet. Nach 10 Uhr rückten 2 Kompagnien Preußen eigenmächtig und ohne Erlaubniß und Anfrage bei dem Kommandanten in das Neuwerk, marschirten bei den Baracken, die ihnen als Lazarethe dienen, der Wache gegenüber auf, luden ihre Gewehre und sendeten Patrouillen nach allen Richtungen aus, ohnerachtet sich kein Soldat auf den Straßen befand. Dieses ist der ermittelte einfache Thatbestand. Der behauptete Angriff auf preußische Posten und das Bedrohen der preußischen Lazarethe in den Baracken durch Bundestruppen ist eine reine Erfindung; dieses wäre sonst gewiß dem Kommandanten beschwerend angezeigt, was nicht geschehen ist. Diese Behauptung scheint erfunden, um die am 21. d. M. erfolgte gewaltsame Besetzung Rendsburgs durch die Preußen zu erklären. Preußischer Seits ist die durch eine gemeinschaftliche Kommission vorzunehmende Untersuchung der Streitigkeiten am 17. und 18. d. M. abgelehnt worden.

Hamburg, 24. Juli. Man telegraphirt der Wiener „Presse": „Der Times-Korrespondent Gallenga ist vorgestern aus Jütland ausgewiesen worden. Der preußische Zivilkommissär für Schleswig, Hr. v. Zedlitz, bereist die westschleswig'schen Inseln und verhindert dort die Proklamirung des Herzogs von Augustenburg. Der österreichische Zivilkommissär Graf Revertera ist vorgestern in Rendsburg angekommen.

Kiel, 24. Juli. In Beziehung auf ein Gerücht, das wir nicht erst der Erwähnung werth hielten, erhalten wir unter dem vorstehendem Datum folgende Zuschrift:

Der Wiener „Presse" wird aus Berlin telegraphirt: Von Seiten des preußischen Botschafters in Paris, Grafen v. d. Goltz, sei nach Karlsbad notifizirt worden, daß Fürst Löwenstein-Rosenberg in Vertretung des Prinzen von Augustenburg dem Kaiser Napoleon ein die eigennützigen Ziele Preußens darthuendes Dokument überreicht, und die Befürchtungen, bezüglich des Ausgangs, dabei nicht unterdrückt habe; auch das Hinarbeiten der deutschen Großmächte auf einen langdauernden Waffenstillstand entspreche der Annexionspolitik. — Wir sind von kompetenter Stelle ermächtigt, auf das bestimmteste zu erklären, daß die vorstehende Nachricht von Anfang bis zu Ende vollständig aus der Luft gegriffen ist. Weder durch den Fürsten Löwenstein-Rosenberg, noch durch irgend Jemand sonst hat Herzog Friedrich ein Dokument von dem oben angegebenen oder von nur entfernt ähnlichem Inhalt dem Kaiser Napoleon überreichen oder auch nur irgend etwas mündlich demselben vortragen lassen. Also kann auch eine derartige Nachricht nicht durch den Grafen v. d. Goltz nach Karlsbad notifizirt worden sein.

Rendsburg, 24. Juli. (Hamb. Börs.-Hlle.) Heute Mittag fand auf dem hiesigen Paradeplatz eine Feier statt: sämmtliche hier garnisonirende preußische und österreichische Truppen, sowie Abtheilungen von den in der Umgegend Rendsburgs kantonnirenden preußischen Truppen waren in Parade auf dem gedachten Platz aufgestellt. Um 12 Uhr erschien General v. Goeben und wurden gleich darauf die bisher unentfalteten österreichischen und preußischen Fahnen an ihrem frühern Platze wieder aufgehißt und mit vollem Hurrah begrüßt. Hierauf defilirten die Truppen in Parademarsch vor dem General v. Goeben, welcher sich zwischen den beiden Fahnen befand, vorüber und war damit diese Feierlichkeit beendet. Vor der Hauptwache wehte eine preußische Fahne. Die Häuser am Paradeplatz, sowie auch sonstige Häuser waren mit schleswig-holsteinischen und deutschen Fahnen geschmückt.

Rendsburg, 26. Juli. (Köln. Ztg.) In der gestern hier abgehaltenen Delegirtenversammlung waren 110 Vereine vertreten. Nach sehr lebhaften und langen Debatten wurde mit Majorität in Resolutionsform beschlossen: Die Versammlung habe zugleich das dringende Verlangen der Bevölkerung auszusprechen, daß durch schleunige Konstituirung Schleswig-Holsteins unter seinem Herzog Friedrich den jetzigen, mit den schwersten Nachtheilen verbundenen provisorischen Zuständen in kürzester Frist ein Ende gemacht werden möge, und die energische Zurückweisung der oldenburgischen Ansprüche. Es sei allein der Herzog in Verbindung mit der Landesvertretung kompetent, das Aequivalent zu bewilligen, welches den Bundesgroßmächten für ihre dem Lande gebrachten großen Opfer gebührt, und auch in dieser Beziehung werde die schleunige Einsetzung des Herzogs in die Regierung der Herzogthümer das sicherste Mittel sein, die Landesrechte mit den Interessen der Bundesgroßmächte in vollen Einklang zu bringen, indem Fürst und Volk ihre Verpflichtungen anerkennen, daß sie im allgemeinen Interesse Opfer bringen müßten.

Schleswig, 21. Juli. (Fl. Nordd. Ztg.) In einer Versammlung von 32 Guts- und großen Grundbesitzern

des Herzogthums Schleswig, welche von dem Gutsbesitzer Hrn. Steindorf auf Grumbye hieher berufen war, wurde nach eingehender Debatte mit 25 gegen 7 Stimmen die nachstehende Petition an die Zivilbehörde für das Herzogthum Schleswig beschlossen und zugleich bestimmt, daß dieselbe aber nur mit der voranstehenden Aufforderung an die Holsteiner, gleichen Schritt bei den Bundeskommissären in Holstein zu thun, veröffentlicht werden solle.

Die unterzeichneten Grundbesitzer des Herzogthums Schleswig haben die untenstehende Adresse überreicht, welche die sofortige Herstellung des einheitlichen Staats Schleswig-Holstein beantragt. Wir kennen keinen sehnlicheren Wunsch, als die Anerkennung unseres Herzogs Friedrich VIII. möglichst rasch ins Werk gesetzt zu sehen, können uns jedoch der Besorgniß nicht verschließen, daß dieselbe bei dem gegenwärtigen Stand der Erbfolge-Frage noch einige Verzögerung erleiden könnte, und sind der Ansicht, daß die vollendete Thatsache des einheitlichen Staats Schleswig-Holstein uns ein Schutzmittel ist gegen Gefahren, die inzwischen noch der Untheilbarkeit des Landes drohen könnten. Es kann auch dadurch die Anerkennung unseres Herzogs nur gefördert werden. Wie sehr diese Einigung für unser gesammtes Staatsleben wünschenswerth ist, braucht nicht gesagt zu werden. Für die Erreichung dieses Zieles halten wir es nothwendig, daß das Streben als gemeinsames des ganzen Landes erscheint und auch in Holstein in gleicher Richtung vorgegangen wird. Zu der Initiative hielten wir uns um deßwillen berechtigt, weil die Gefahren, die dadurch vermieden werden sollen, ganz besonders Schleswig bedrohen, und bitten jetzt bei Veröffentlichung dieser Adresse um möglichst allgemeine Unterstützung, besonders in Holstein auf den dort passenden Wegen.

An die kais. österreichische und kön. preußische oberste Zivilbehörde im Herzogthum Schleswig. P. P. „Vor wenigen Wochen hat das Herzogthum Schleswig gegen Se. Maj. den König von Preußen den Wunsch und Willen allerunterthänigst ausgesprochen, es möge die Zukunft unseres Vaterlandes mittelst eines engern Anschlusses an Preußen und durch Preußen an Deutschland befestigt und gesichert werden. Die derzeit noch schwebenden diplomatischen Verhandlungen, welche versuchten, die deutsch-dänische Streitfrage zu schlichten, sind gescheitert. Durch die Waffen der beiden Großmächte ist die Trennung der Herzogthümer von dem Königreich Dänemark faktisch entschieden. Kein Zollbreit des schleswig'schen Bodens ist aufgegeben, somit auch jede Furcht verschwunden, daß vermöge des Aufgebens eines Theils des Herzogthums Schleswig nur die Friedensbasis zu finden sei. Der Grund ist also gelegt, auf dem mit Sicherheit das Gebäude gerichtet und vollends aufgeführt werden kann. Daß die völlige Ausführung des so weit gediehenen Werks, welches bis hieher durch die allergrößten und allertheuersten Opfer nur gefördert werden konnte, unter dem Schutze der beiden deutschen Großmächte und des Deutschen Bundes in Eine Hand gelegt werde, — diese Nothwendigkeit wird kein treuer Anhänger unseres Heimathlandes verkennen. Die thatsächlich noch fortdauernde Trennung der Herzogthümer widerspricht dem Recht und den wesentlichsten Interessen des Landes. Die Successionsfrage wird dann um so sicherer den Wünschen und Rechtsüberzeugungen unserer Mitbürger entsprechend ihre Erledigung finden. Wir bitten daher, daß nunmehr die beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein baldmöglichst unter Eine und dieselbe Regierung gestellt werden, jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der dynastischen Rechte des angestammten Landesherrn, welcher nach der festen Ueberzeugung des schleswig-holsteinischen Volks kein Anderer sein kann und sein wird, als der Herzog Friedrich VIII. Nur durch eine Gesammtregierung kann der langersehnte Wunsch nach einer einheitlichen staatlichen Verbindung verwirklicht werden, allen Eventualitäten der Nächstzeit wird dadurch vorgebeugt und der Staat Schleswig-Holstein eine vollendete Thatsache. Zu der hohen obersten Zivilbehörde des Herzogthums Schleswig, deren unermüdliches Streben und Schaffen längst erkannt worden, die trotz der geringen Verheißungen Großes gewirkt hat, haben wir gehorsamst Unterzeichnete das feste Vertrauen:

„Hochdieselbe werde bei deren allerh. Regierungen als nothgedrungene Maßregel hervorheben und dahin wirken, daß, statt der jetzt bestehenden Doppelregierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, so rasch als möglich eine einheitliche eingeführt werde."

Berlin, 25. Juli. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht über die Rendsburger Angelegenheit „aus wohlunterrichteter Quelle" die nachstehende Mittheilung:

Schon seit längerer Zeit machte sich bei den gelegentlichen Berührungen zwischen Angehörigen der alliirten Armee und der in Holstein stehenden Bundes-Exekutionsdivision auf Seiten der letztern eine gereizte Stimmung bemerkbar, die in der Lage, in welche die sächsisch-hannover'schen Truppen durch die Politik ihrer Regierungen schon seit dem Februar d. J. versetzt worden sind, ihre Erklärung, wenn auch nicht ihre Entschuldigung fand. Ueberdies waren bekanntlich die Bundes-Befehlshaber mehrfach durch ihre absonderlichen Instruktionen gezwungen, die gegen den Feind rückende, bezw. schon fechtende alliirte Armee durch allerlei kleinliche Formalitäten, Verweigerung von Quartier 2c., zu belästigen und in ihrer Thätigkeit zu hemmen. Dabei soll gern anerkannt werden, daß, so viel uns bekannt, wenigstens von Seiten des Generalleutnants v. Hake, des obersten Befehlshabers der Bundesdivision in Holstein, Alles geschehen ist, um trotz der Bundesinstruktionen jene Belästigungen der alliirten Armee so wenig nachtheilig wie möglich zu machen. Andererseits aber war es auch nicht zu verkennen, daß namentlich von Seiten hannover'scher Truppen — und wir können die Offiziere leider nicht davon ausnehmen — dem Unbehagen über die jedem militärischen Herzen völlig verständliche fatale Lage, in welche sie durch die seltsame Politik der betreffenden Regierungen versetzt worden waren, dadurch Ausdruck gegeben wurde, daß die schlechte Laune sich gegen die Angehörigen der siegreichen alliirten Armee kehrte, welche doch vielmehr den gerechtesten Anspruch auf die Sympathie deutscher Waffenbrüder gehabt hätte, und welche gewiß die sächsisch-hannover'schen Kameraden mit herzlicher Freude begrüßt haben würden, wenn es denselben vergönnt gewesen wäre, an den Kämpfen gegen Dänemark Theil zu nehmen, statt bei einer längst gegenstandlos gewordenen Exekution in gezwungener Thatenlosigkeit zu verharren.

Einen gewissermaßen offiziellen Ausdruck der Abneigung, welcher von hannover'scher Seite gegen die alliirte Armee herrschte, erhielt man zuerst durch den Vorgang in Rendsburg am 29. Juni d. J. Mit Recht erregte es nicht nur unter dem Publikum, sondern auch bei der verbündeten Armee das größte Befremden und den lebhaftesten Unwillen, als man durch die Zeitungen erfuhr, daß der damalige Bundeskommandant von Rendsburg, der hannover'sche Oberstleutnant Dammers, sich veranlaßt gesehen habe, die Fahnen der alliirten Armee, welche ein Privatmann in der Freude über den Sieg von Alsen mit andern Fahnen aufgepflanzt hatte, durch eine Patrouille zu entfernen. Es mag hier unerörtert bleiben, in wie fern der Kommandant jenem Privatmann gegenüber in seinem Rechte war und denselben etwa zur Verantwortung hätte ziehen können; nimmermehr aber durfte er sich erlauben, bei dieser Gelegenheit durch eine gewaltsame Entfernung und Konfiskation der Fahnen einer verbündeten Armee, die eben nach neuem Siege aus frischen Wunden blutete, auf eine so auffallende Weise zu beleidigen!

Es war daher gewiß völlig gerechtfertigt, daß das Oberkommando der alliirten Armee, sobald es amtliche Kenntniß von dem Vorgang erhalten und dadurch die Zeitungsnachrichten im Wesentlichen bestätigt gefunden hatte, sich sofort an den Generalleutnant v. Hake mit der Forderung wandte, den Oberstleutnant Dammers von seinem Posten als Kommandant von Rendsburg abzulösen und dies alsdann dem Oberkommando der alliirten Armee anzuzeigen. Generalleutnant v. Hake hat hierauf die erforderliche Genugthuung geleistet und Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl die Mittheilung gemacht, daß er die Ablösung des Oberstleutnants Dammers angeordnet habe.

Es mag wohl sein, daß dieser Vorgang in engem Zusammenhang steht mit den groben Exzessen, die wenige Tage später, am 17. und 18., durch königl. hannover'sche Unteroffiziere und Soldaten gegen preußische verübt wurden. Aus einer — allem Anschein nach vollständig vorbereiteten (!) — Soldatenschlägerei in einem Tanzlokale entwickelten sich Straßentumulte, königl. preußische Wachtposten wurden gröblich insultirt und sogar die diesseitigen Lazarethe durch Steinwürfe und Drohungen gegen die Verwundeten und Kranken beunruhigt; — ja, am 18. Abends haben selbst drei hannover'sche, nicht im Dienst befindliche Offiziere gegen eine k. preußische Wachtpatrouille die Säbel gezogen, um die Befreiung eines hannover'schen Unteroffiziers zu erwirken, der eine Schildwache thätlich angegriffen hatte. Diese Vorfälle erforderten schleunigste Genugthuung; das Oberkommando der alliirten Armee konnte es nicht darauf ankommen lassen, daß an einem wichtigen Etappenpunkt des Heeres Angehörige desselben von gehässigem Neide auch fernerhin insultirt und die Ruhe schwer Verwundeter und Kranker von Neuem durch ähnliche Tumulte bedroht würde. Daher erhielt der Generalmajor v. Goeben den Befehl, am 21. d. M. mit einer kombinirten Brigade in Rendsburg einzurücken und sich zum Herrn dieses Platzes zu machen. Gegen Mittag des genannten Tags war der Befehl ausgeführt, ein preußischer Kommandant bestellt, die Wachen mit preußischen Truppen besetzt. Die bisherige Bundesgarnison hat Rendsburg kurz vor dem Einmarsch der Preußen freiwillig geräumt, und ist am selben Vormittag nach einigen südlich der Stadt gelegenen Dörfern abgerückt. Wie wir ferner vernehmen, hatte Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl den Generalleutnant v. Hake am 21. Morgens durch ein Schreiben von seiner getroffenen Anordnung in Kenntniß gesetzt; Generalleutnant v. Hake protestirte gegen den Einmarsch der preußischen Truppen und soll später auf Befehl der Bundesversammlung noch einen zweiten förmlichen Protest hinzugefügt haben.

Wir geben vollkommen zu, daß die Lage, in welcher durch Schuld ihrer Regierungen die Bundestruppen sich schon seit Beginn des Jahres in Holstein befinden, eine höchst unbehagliche und schwierige ist, und begreifen, daß namentlich die neuesten Folgen der beklagenswerthen Exzesse in Rendsburg diese Lage zu einer für jedes militärische Gefühl fast unerträglichen gemacht haben, — allein eine Armee, die vor dem Feind steht, konnte sich in ihrem Rücken nicht ungestraft beleidigen lassen, und konnte es eben so wenig dulden, daß an einem so wichtigen Etappenpunkt durch etwa sich wiederholende Exzesse ihre Thätigkeit gehemmt, ihre Verbindung mit der Heimath gestört, die Ruhe ihrer Kranken und schwer Verwundeten bedroht wird. Mögen Diejenigen die jetzige Situation verantworten, welche die Bundestruppen in eine so schiefe Position versetzt haben.

Berlin, 25. Juli. (Schluß des halbamtlichen Berichts über die Expedition gegen die Westfriesischen Inseln und die Flottille des Kapitäns Hammer.)

Es wurde beschlossen, die 150 Jäger und 20 Marinesoldaten in der Nacht mit Booten an Bord des „Blitz" zu bringen, der die Boote in's Schlepptau nehmen und sich der Küste möglichst nähern sollte. Von hier aus sollten dann die Mannschaften in den Booten an's Land gesetzt werden. Nachts 1 Uhr geschah die Ausschiffung nach Föhr, die wegen der großen Strecke, die noch zurückzulegen war, ziemlich lange dauerte. Zu den obigen 170 Mann stießen noch 80 bewaffnete Matrosen der „Elisabeth". Diese etwa 250 Mann starke Abtheilung setzte sich, nachdem sie sich an der Johanniskirche gesammelt, Montag, den 18., früh etwa um 3 Uhr, gegen Wyk in Bewegung. Dem Kapitän Hammer wurde angezeigt, daß die Feindseligkeiten am 18., früh 6 Uhr, beginnen sollten, falls nicht neuere Nachrichten bis dahin einträfen. Die Truppen langten etwa um 4 Uhr in Wyk an. Hammer war um 2 Uhr Morgens von Wyk zu unseren Schiffen gefahren, um sich zu erkundigen, ob sich in der Sachlage etwas geändert habe. Das Gesuch Hammer's, bis 11 Uhr zu warten, wurde nicht bewilligt. Man wiederholte, daß um 6 Uhr gegen ihn vorgegangen werden sollte. Die Truppen sahen von Wyk aus zu, wie Hammer mit dem „Lymfjord" noch zwei Kanonenjollen zu den übrigen Schiffen schleppte, die sich in die Richtung der Föhre-Ley nach Norden gezogen hatten. Es geschah kein Schuß vor dem Glockenschlag 6 Uhr. Der kais. Rittmeister und Adjutant beim Oberkommando, Prinz Arenberg, war vorher mit der Nachricht eingetroffen, daß der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen sei. Um diese Zeit hatten sich die 3 Kanonenboote und die „Elisabeth" Wyk genähert und eröffneten das Feuer um 6 Uhr auf etwa 4800 Schritt gegen die Hammer'schen Schiffe. Der Oberstleutnant Schidlach entsendete gleichzeitig die 6. Kompagnie längs des Dammes auf der Ostküste der Insel. Die Kompagnie eröffnete von der östlichsten Spitze von Wyk ein wirksames Infanteriefeuer gegen den „Lymfjord", einige Kanonenboote und Kutter, welches von denselben schwach erwiedert wurde. Unterdessen hatte der „Blitz" einen Lootsen gefunden, der ihn noch etwa 1000 Schritt nördlich von Wyk brachte, was für die andern Schiffe wegen ihres 5 Fuß größern Tiefganges nicht möglich war. Von hier aus telegraphirte der „Blitz" an das Commodoreschiff, den „Seehund": Ich werde den Kutter nehmen. Ein Boot des „Blitz" unter dem Leutnant z. S. v. Kall, dem sich der Premierleutnant v. Prittwitz und Leutnant Marcus vom Oberkommando angeschlossen hatten, näherte sich darauf dem dänischen Zollkutter Nr. 16, welcher sich festgefahren hatte, und nahm das Schiff mit 15 Mann Besatzung und zwei kleinen Kanonen. In der Föhre-Ley hatte Hammer eine Kanonenjolle stehen lassen. Gegen diese wandte sich das Boot des Leutnants v. Kall. Ganz in der Nähe wurde jedoch erkannt, daß die Jolle in Brand gesteckt war. Da jeden Augenblick zu erwarten stand, daß dieselbe in die Luft springen würde, wurde von dem weitern Vorgehen gegen dieselbe abgestanden, um nicht unnütze Menschenleben zu opfern. Die Jolle war bereits verlassen und sank $1/2$ Stunde darauf in Grund. Hammer hatte sie zur Sperrung des Fahrwassers aufgestellt. Außerdem wurde von der vereinigten Flottille ein Kutter, eine Brigg und ein Schooner genommen, letztere beiden waren Prisen des Hammer. Am Abend fing der Leutnant Strauß noch einen kleinen Kutter ab. Von den 4 Schiffen waren etwa 50 Schüsse gegen die Hammer'sche Flottille geschehen. Hammer hatte sich aus dem Bereich der Kanonen nach Norden gezogen. Der Raddampfer „Elisabeth" erhielt den Befehl, nach der offenen See hinauszugehen und sich vor die Fahrtrapptiefe zu legen. An demselben Tage Nachmittags erschien ein Boot der englischen Korvette „Salamis" unter Parlamentärflagge vor Wyk, welches angeblich Nachrichten über den Waffenstillstand und Depeschen für Hammer überbringen sollte. Die „Salamis" ist englisches Rekognoszirungsboot und hat das Geschwader schon bei Texel beobachtet. Zweck dieses Boots war offenbar nur, zu spioniren. Es ward mit dem Bemerken abgewiesen, daß wir mit Nachrichten versorgt seien und ihm der Verkehr mit Hammer untersagt, worauf es unter Bedeckung wieder in See ging. Nach Aussage des englischen Offiziers sollte die Sendung von dem Gouverneur von Helgoland ausgehen. Die Insel Amrum wurde an demselben Nachmittag von 80 Matrosen der „Elisabeth" besetzt. Bald nach dem Einmarsch in Wyk machte der Leutnant v. Weidenheim vom Windischgrätz-Dragonerregiment 9 Steier'sche Jäger beritten, welche vortreffliche Dienste leisteten.

Am Dienstag den 19., Mittags, erhielt der „Blitz" den Befehl, durch die Fahrtrapptiefe möglichst weit gegen die Föhre-Ley von Norden vorzugehen. Der Hauptmann Wieser begab sich Mittags zu Hammer, um ihn nochmals zur Uebergabe aufzufordern. Die Antwort des Hammer traf Abends in Wyk ein und lautete dahin, daß er sich so lange halten werde, bis er keine Lebensmittel mehr habe. Unterdessen requirirte man in der Nacht 2 österreichische gezogene 4-Pfünder von Dagebüll. Ein Dampfer war schon Tags vorher von Husum nach Wyk beordert und man wollte noch Mittwoch den 20., früh, mit dem Dampfer und den beiden 4-Pfündern, die auf Jachten gestellt werden sollten, dem Hammer zu Leibe gehen. Mehrere von der Flotte requirirte, mit Geschützen armirte Boote hatten wegen des ungünstigen Wetters Wyk nicht erreicht. In der Nacht langte jedoch die Nachricht in Wyk an, daß sich Hammer ergeben habe. Der „Blitz" war den Abend vorher ziemlich weit gegen die Föhre-Ley trotz sehr schlechten Wetters und des sehr schwierigen Wassers vorgekommen. Hammer war um $7^1/_2$ Uhr Abends mit seinem ersten Offizier, Leutnant Holby, an Bord gekommen und hatte sich mit sämmtlichen Booten und Mannschaften ergeben. An Bord des „Blitz" schrieb er den Befehl an seine Untergebenen, sich den Anordnungen des mit der Uebernahme beauftragten Leutnants v. Kall zu fügen. Das Wetter war so schlecht, daß es unmöglich war, vom „Blitz" nach den Hammer'schen Schiffen zu kommen. Die übrigen 7 Offiziere und etwa 185 Mann warteten den Befehl Hammer's nicht ab, sondern begaben sich bereits in der Nacht an Bord des „Lymfjord" nach Wyk und meldeten sich bei dem Commodore der Flottille, Fregattenkapitän Kronowetter, als Gefangene.

Das Gelingen dieser kühnen und höchst ruhmvollen Expedition gereicht den österreichisch-preußischen Schiffen und dem k. k. 9. Jägerbataillon zur höchsten Ehre. Die trefflichen Anordnungen des k. k. Oberstleutnants Schidlach, Kommandeur des 9. Jägerbataillons, des Hauptmanns Wieser vom k. k. Generalstabe und des Fregattenkapitäns Lindner, der die schwierige Aufgabe hatte, die Verbindung zwischen den Landtruppen und der Flotte zu erhalten, des Fregattenkapitäns Kronowetter, wie der übrigen Kommandanten der Kanonenboote und des Raddampfers „Elisabeth" haben diesen glänzenden Erfolg erzielt. Der Fregattenkapitän Lindner hatte durch die Leutseligkeit bald Aller Herzen genommen. Der Lootse, früher Schiffskapitän, Andreas Andersen aus Sylt, hat den Schiffen vorzügliche Dienste geleistet. Uebrigens darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch der Kapitän Hammer durch sein braves und taktolles Benehmen sich die Anerkennung aller Offiziere erworben.

Berlin, 25. Juli. Der „Börs.-Ztg." zufolge sollen in den jüngsten Tagen zwischen der preußischen Regierung und dem Hause Rothschild Verhandlungen wegen Uebernahme einer neuen preußischen Anleihe von einem hohen Betrag stattgefunden haben. — Die zur Ausarbeitung einer neuen Zivil-Prozeßordnung niedergesetzte Kommission hat in diesen Tagen das Resultat ihrer Verhandlungen und Arbeiten dem Justizminister eingereicht. Der „Voss. Ztg." zufolge soll die rheinische Prozeßinstitution, mit wesentlichen Verbesserungen verbunden, das zukünftige formelle Gesetz werden. — Von dem Stettiner Flottenkomitee von 1848 wurde neuerdings für die Mannschaft desjenigen preußischen Kriegsschiffes, welches das erste dänische erobern würde, eine Prämie von 1000 Thlrn. ausgesetzt. Da nach den neuesten Nachrichten unter den dem Kapitän Hammer abgenommenen Schiffen sich auch ein Kanonenboot befindet, so wird — bestätigt sich die Nachricht — jene Prämie, wie die „Oder-Ztg." hervorhebt, der Mannschaft des Kanonenbootes „Blitz" zufallen. Der Kapitän Hammer ist am 24. d. auf seinem Transport nach Wesel als Kriegsgefangener durch Oberhausen gekommen.

Berlin, 26. Juli. Ihre Maj. die Königin wird sich heute Abend mit dem Kölner Kurierzug nach Koblenz begeben. Am 1. Aug. wird die Königin (der „N. Pr.-Ztg." zufolge) von dort aus der Kaiserin von Rußland einen Besuch in Schwalbach abstatten, dann zu einem etwa 14tägigen Aufenthalt nach der Insel Mainau im Bodensee weiter reisen, und auf der Rückkehr noch einige Zeit in Baden-Baden verweilen.

Kapitän Hammer, der als Kriegsgefangener letzten Sonntag Berlin passirte und nach Schweidnitz befördert wurde, um entweder dort oder nach andern Nachrichten in Glatz bis auf Weiteres internirt zu werden, wurde von 2 Offizieren begleitet und trug Zivilkleider. Mit dem gemischten Zug kamen in Breslau gestern um $8^1/_2$ Uhr früh 2 dänische Seeoffiziere und ein anderer schon bejahrter Gefangener (angeblich ein Spion), von 2 Offizieren begleitet, an und wurden mit dem gemischten Zug um 11 Uhr nach Oberschlesien weiter befördert.

Am 22. sind die wenigen deutschen Kriegsgefangenen, welche im Lauf des letzten Monats theils in Jütland, theils auf der Insel Alsen gemacht wurden, in die Gegend des Kleinen Belts transportirt worden, um ausgetauscht zu werden. Die 7 Sylter Patrioten dagegen, welche der Kapitänleutnant Hammer seiner Zeit aufgreifen und nach Kopenhagen schleppen ließ, befinden sich noch immer auf der naheliegenden

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zitadelle Fredrickshavn, wo jeder von ihnen ein sogenanntes kleines Offizierzimmer bewohnt.

Wien, 24. Juli. In einem anscheinend offiziösen (telegraphisch bereits angedeuteten) Artikel sagt der „Botschafter" über die Rendsburger Vorfälle:

Daß unser gestriger Bericht aus Dresden wahrheitsgetreu die Stimmung dortiger leitender Kreise widerspiegelte, erhellt aus neuen Nachrichten, nach welchen General Hake von seiner Regierung abberufen wurde, offenbar weil er dem preußischen Angriff ohne thatsächlichen Protest gewichen ist. Ein Telegramm aus Dresden, 24. Juli, meldet uns, daß der Kriegsminister Rabenhorst von Dresden nach Holstein abgereist sei, entweder um selbst das Kommando der Exekutionstruppen zu übernehmen oder sich doch über den Stand der Angelegenheiten zu unterrichten. Rabenhorst gilt als energischer Mann. Die Erbitterung ist an allen deutschen Höfen im Wachsen, und Preußen wird gut thun, den drohenden Sturm durch eine entsprechende Nachgiebigkeit zu beschwören. Wenn wir nicht irren, scheint auch die Neigung hiezu bei Preußen bereits vorhanden zu sein, nachdem es sich überzeugt hat, daß die österreichische Regierung in dieser Angelegenheit ganz die deutsche Auffassung theilt. Es fragt sich nur um das Wie. Oesterreich, das auf den Alliirten wohl Rücksichten nehmen, aber auch das Bundesrecht wahren muß, wird vielleicht die Vermittlung übernehmen können. Wie wenig Oesterreich an den schlimmen Vorgängen Theil hat, erhellt daraus, daß gar kein Bericht des österreichischen Truppenkommando's über diese Vorgänge hier eingelangt ist.

†† **Wien**, 25. Juli. Der hannover'sche Gesandte, Frhr. v. Stockhausen, welcher zu diesem Behuf heute Morgen von München — er ist in Wien und in München gleichzeitig beglaubigt — hier eingetroffen war, hat heute Nachmittag mit dem Grafen Rechberg im auswärtigen Amt konferirt und dem Vernehmen nach demselben die Gründe dargelegt, aus welchen seine Regierung sich veranlaßt sehen müsse, einen Austrag des von Preußen in Holstein provozirten Konflikts außerhalb des Bundesweges abzulehnen und die Angelegenheit dem Bunde selbst zu geeigneter Beschlußnahme und Verfügung zu unterbreiten. Man darf wohl voraussetzen, daß diese Erklärung im Einvernehmen mit Sachsen abgegeben worden, und daß hiernach ein förmliches Vermittlungsanerbieten von Seiten Oesterreichs nicht als entsprechend erachtet werden wird.

†† **Wien**, 26. Juli. Es liegt auf der Hand, daß man es um so mehr vermeidet, die schwebenden Friedensunterhandlungen vorzeitig an die Oeffentlichkeit zu bringen, als in diesen Verhandlungen höchst wahrscheinlich einige ganz besonders zarte Punkte berührt werden, und als die Großmächte kaum geneigt und — um gerecht zu sein — im Stande sein werden, den Forderungen der öffentlichen Meinung in Allem und Jedem Genüge zu leisten; die geringe Zahl der Verhandelnden begünstigt außerdem die Geheimhaltung, und so erklärt es sich leicht, daß über die gestrige Vorbesprechung — die heute erste formelle Sitzung hat um 12 Uhr begonnen und war um 2 Uhr noch nicht beendet — bis jetzt im Einzelnen nichts verlautet. Aber es wird nicht übersehen werden dürfen, daß, gerade weil gestern die eben erwähnte Vorbesprechung stattgefunden, die bloße Thatsache, daß heute eine formelle Sitzung abgehalten worden, von großer Bedeutung ist, insofern man gestern ohne Zweifel sich vorzugsweise hat vergewissern wollen, daß die dänischen Bevollmächtigten wirklich auf derjenigen Grundlage zu verhandeln instruirt seien, welche Oesterreich und Preußen als die unter den gegebenen Umständen einzig zulässige im vorhinein bezeichnet hatten: auf der Grundlage der vollständigen Abtrennung der Herzogthümer von Dänemark, und insofern mithin die bloße Existenz der heutigen Sitzung den Beweis liefert, daß die Basis der Verhandlungen zugestanden ist und nicht erst noch gefunden zu werden braucht. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß der Friede jetzt bereits gesichert sei.

Italien.

* **Marseille**, 26. Juli. Briefe aus Rom vom 23. sagen, daß General v. Montebello am Sonntag auf einen zweimonatlichen Urlaub fortreist, und daß der Papst den 10. August nach Rom zurückkehrt, um der Einweihung der Basilika des hl. Lorenz beizuwohnen. Der Papst empfing in Castel-Gondolfo die königl. Familie von Neapel und die Infantin von Portugal.

In Neapel drohten die Garibaldianer damit, eine Demonstration zu machen; aber die feste Haltung der Behörde hielt sie davon zurück.

Frankreich.

♁ **Paris**, 26. Juli. Es scheint sich zu bestätigen, daß die Unterredungen des Königs der Belgier mit dem Kaiser sich hauptsächlich auf Mexiko und auf die wenig günstige Darlegung der Verhältnisse beziehen, wie sie aus den Briefen des neuen Kaisers an seinen königl. Schwiegervater hervorgehen. Obenan unter den zahlreichen Verlegenheiten, die des Kaisers im Reiche Montezuma's harrten, mag wohl die Geldverlegenheit stehen, — eine Folge des Mißlingens der mexikanischen Anleihe, für welche die französische Garantie in Aussicht gestellt worden war, aber nicht gegeben wurde. Die Pazifikation des Landes ist noch lange nicht vollendet, die Organisation einer einheimischen Armee, trotz der gegentheiligen optimistischen Versicherungen, noch ganz im Argen, und die Abberufung der französischen Truppen wird den Juaristen neuen Muth zum Widerstand einflößen. — Die „France" bringt heute wieder einen inspirirten Artikel über die heil. Allianz unter dem Titel: „Die Koalition unmöglich." Nachdem die „France" auseinandergesetzt, daß bei der Entwicklung der europäischen Institutionen seit 15 Jahren und bei dem Verfall der Verträge von 1815 eine heil. Allianz nur dem Worte, nicht der Sache nach erneuert werden kann, fährt sie fort:

Und dann besteht gar keine Allianz zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich, sondern lediglich eine Annäherung. Es besteht keine Konvention, es fanden nur Unterredungen statt, über die, die vereinigten Fürsten zunächst berührenden Fragen: Dänemark, Italien, Polen. Es ist offenbar, daß Preußen und Oesterreich, welche einen Krieg führten, mehr kostspielig als ruhmvoll, nach Resultaten streben, welche dem deutschen Nationalgefühl genügen, welches sie leiten und zügeln wollten. Es ist offenbar, daß Oesterreich, welchem nach Solferino das Venezianische blieb, entschlossen ist, es zu behalten und zu vertheidigen. Es ist offenbar, daß die drei Mächte, welche sich Polen theilten, taub blieben gegen die Bitten, die Verzweiflung, die Empörungen dieses Volkes, wie gegen die Rathschläge der Menschheit. . Berühren diese Fragen Frankreichs Ehre und Einfluß? Die „France" antwortet mit „Nein" und fügt bei: „Also befaßten die drei Höfe sich zu Kissingen mit ihren Angelegenheiten und nicht mit den unsrigen." . . „Nun aber, — schließt der Artikel — bestehen außer diesen Fragen noch andere, die das Gleichgewicht Europa's und den Einfluß Frankreichs berühren. Diese stehen über den Koalitionen; Niemand kann sie ohne uns, um wie viel weniger gegen uns lösen. Ja für alle Fragen, wo Frankreichs Mitwirkung stattfinden soll, ist Nichts möglich gegen dasselbe, ist Alles unmöglich ohne dasselbe."

Im Uebrigen zieht die offiziöse Presse fortwährend entschieden gegen Preußen los. — Der Kaiser richtete ein Schreiben an den General Deligny, um ihm zu dem ersprießlichen Feldzug gegen die Insurgenten in Algier Glück zu wünschen. — Die Börse war fest, aber ohne Leben. Rente bleibt 66.15, Mob. 990, ital. Anl. 68.10.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Juli. Die amtliche „Berling. Ztg." veröffentlicht mehrere, aus den Provinzen an den König gerichtete Adressen, aus denen hervorgeht, daß die Friedenssehnsucht namentlich in der ländlichen Bevölkerung sehr verbreitet ist. Hervorzuheben ist u. A. eine „in Anbetracht des raschen Vordringens des Feindes (nördlich von Lymfjord) nur mit 500 Unterschriften versehene Adresse", welche lautet:

Allergnädigster König! In der Stille, aber in tiefer Trauer und Betrübniß sind wir Bewohner von Vendsyssel seit der Thronbesteigung Ew. Majestät den Ereignissen in unserm unglücklichen Vaterland gefolgt; aber laut und feierlich soll es Ew. Majestät jetzt verkündet werden, was sich in dem gewöhnlichen Volk rührt. Wir bitten Ew. Majestät, Alles aufzubieten, um den Staat in seiner Totalität zu erhalten; wir bitten um das Abbrechen des unnützen Blutvergießens, welches zu nichts Anderm führt, als zu dem Verlust an Menschenleben und zur Zerstörung des Landes. Wir bitten Ew. Majestät, sich mit andern Rathgebern zu umgeben, in einer Weise, daß die Partei, welche jetzt 10 Jahre hindurch das Land regiert und sich eben so untauglich erwiesen hat, das Staatsruder zu lenken als Krieg zu führen, auf lange Zeit unmöglich gemacht werden möge. Für die Krone und für den Staat sind wir Bewohner von Vendsyssel bereit, jegliches Opfer darzubringen, um Ew. Majestät zu unterstützen. Vendsyssel, den 5. Juli 1864.

Der hiesige Polizeidirektor, Etatsrath Crone, bringt heute zur allgemeinen Kunde, daß ein Jeder, welcher von hier nach Fünen zu reisen beabsichtigt, in dem Besitz eines Loyalitätsattestes sein muß. — Die Panzerkorvette „Dannebrog" ist gestern sammt anderen Schiffen in unversehrtem Zustand auf der hiesigen Rhede erschienen. — Die norwegischen Jachten „Juno", Kapitän Steen, „Widar", Kapitän Hansen, „Najaden", Kapitän Olsen, sämmtlich aus Bergen und mit gesalzenen Häringen befrachtet, sind in Folge Blokadebruchs in der Ostsee aufgebracht und hieher bugsirt worden.

Die am 27. Juni unweit der pommer'schen Küste von den Dänen aufgebrachte Brigg „Sarah", Kapitän Lesli, ist nach der „Ostsee-Ztg." 14 Tage in Kopenhagen festgehalten und dann, ohne vor ein Prisengericht gestellt zu werden, von dem Marineminister freigegeben. Es ist damit zugegeben, daß der dänische Kriegsdampfer kein Recht hatte, die „Sarah" anzuhalten. Von einer Entschädigung des Kapitäns für den Zeitverlust und den Mindererlös der in Kopenhagen verkauften Ladung ist bei der von den Dänen beliebten Usance natürlich keine Rede.

Die seit der letzten Auswechselung gefangenen 8 Preußen und 4 Oesterreicher, nebst den in Kopenhagen das vorige Mal krank zurückgebliebenen 2 Mann wurden am 21. Juli über Korsör nach Middelfart auf Fünen gebracht, um dort am 25. ausgewechselt zu werden.

Großbritannien.

* **London**, 25. Juli. Der „Times" wird von ihrem Pariser Korrespondenten mitgetheilt, daß die Angabe, Hr. Drouyn de Lhuys habe an die französischen Gesandten in Wien und Berlin Depeschen in Betreff der mit Dänemark eröffneten Unterhandlungen gerichtet und die Empfänger angewiesen, dem Grafen Rechberg und Hrn. v. Bismarck davon Mittheilung zu machen, auf Wahrheit beruhe. Diese Depeschen, welche, wenn nicht identisch, so doch dem Wortlaut nach ähnlich sein sollen, hätten den Zweck, den beiden Regierungen sehr ernstlich eine Politik der Mäßigung zu empfehlen, damit ein Arrangement zu Stande komme, dessen Annahme für Dänemark ehrenhaft sei.

Ueberlandpost.

* **Suez**, 24. Juli. Man hat Nachrichten aus Shanghai vom 6. Juni. Die Truppen des Generals Gordon waren entlassen worden. Der englische Gesandte in Peking bereitete sich darauf vor, nach England zurückzugehen. Der englische Gesandte in Japan, Sir R. Alcock, traf Vorbereitungen zu den Quartieren der englischen Truppen in Yeddo.

Amerika.

* **Neu-York**, 16. Juli, Morgens. (Per „Arabia" und „Hecla"). Die Invasion Marylands kann als beendigt angesehen werden, aber nicht ohne daß die Konföderirten ihren Zug durch große Verwüstung gekennzeichnet und ungeheure Beute weggeschleppt haben. Die Angst der Bewohner von Baltimore und von Washington war schon auf den höchsten Gipfel gestiegen. 20,000 Mann stark hatten die Feinde am 9. d. den General Wallace mit 10,000 Mann bei Monocacy geschlagen, und Letzterer zog sich in Unordnung auf Baltimore hin zurück. Die ganze Stärke der Südstaatlichen wurde auf 50,000 Mann angeschlagen, und man behauptete, Lee stehe selbst an der Spitze des Invasionsheeres. Am 11. nahmen die Feinde zwei von Baltimore kommende Eisenbahnzüge bei der Station Magnolia weg und machten dabei General Franklin und dessen Stab zu Gefangenen, bei Bladensburg und Beltsville zerstörten sie die Drähte des Telegraphen zwischen Baltimore und Washington. Sieben Meilen von letzterer Stadt, auf der Seventh-Street-Road, kam es zu einem Scharmützel; in kurzer Entfernung von der Nordseite der Stadt konzentrirte sich ein starkes südstaatliches Korps und allen Anzeichen nach schien die Hauptstadt der Union das Ziel der Invasion zu sein. In Neu-York und in Philadelphia hieß es schon, Washington sei im Besitz der Rebellen; da traten am 14. die Südlichen, nachdem sie eine Demonstration gegen Fort Stephens gemacht, den Rückzug an und retirirten beutebeladen über den Potomac. Die telegraphische Verbindung zwischen Neu-York und Washington ist wieder hergestellt, und die Invasion betrachtet man als zu Ende. Auch glaubt man jetzt, die feindlichen Truppen, welche in Maryland eingefallen waren, hätten nicht mehr als 20,000 Mann gezählt. — Es laufen Gerüchte um, welche von der Einnahme Petersburgs durch Grant sprechen, haben jedoch noch keine Bestätigung erhalten. Die Südstaatlichen haben Demonstrationen gegen Grant's linken Flügel gemacht, wie es scheint, um ihm in den Rücken zu kommen. Aus Georgia trifft die Nachricht ein, daß Johnston seinen Rückzug fortsetzt und seine Armee mit Ausnahme des Hardee'schen Korps über den Chattahoochee gezogen hat. Sherman soll ihm schon über den Fluß gefolgt und vor den Vertheidigungswerken von Atlanta angekommen sein. — Der südstaatliche Dampfer „Florida" hat vor der Mündung des Delaware kreuzend mehrere Schiffe gekapert; zu seiner Verfolgung sind fünf Kanonenboote ausgeschickt worden. — Der neue Finanzminister ist in Neu-York angekommen und wendet sich an die Banken um ein Anlehen von 40 (nach andern Angaben 50) Millionen Doll., zu beschaffen in Raten bis zum 1. Sept. d. J. Eine Andeutung über die Politik, welche er zu verfolgen beabsichtigt, hat Hr. Fessenden nicht gemacht.

Baden.

§* Pforzheim, 26. Juli. Die durch die verzögerte Erbfolge-Entscheidung eingetretene bedrohliche Lage Schleswig-Holsteins hatte den hiesigen schleswig-holsteinischen Bezirksausschuß veranlaßt, auf gestern Nachmittag eine Volksversammlung in der Renz'schen Bierhalle zusammenzurufen. Dieselbe war, namentlich auch vom Land her, ziemlich zahlreich besucht. Hr. C. E. Rohreck eröffnete die Verhandlungen, und nachdem er die Gefahren, welche der nationalen Sache durch die unglückseligen oldenburgischen Ansprüche drohen, kurz berührt und die Nothwendigkeit der ungesäumten Unabhängigkeitserklärung Schleswig-Holsteins und der Einsetzung einer neuen Regierung für die Herzogthümer hervorgehoben hatte, verlas er die vom Sechsunddreißiger-Ausschuß in Frankfurt vorgeschlagene Resolution, dahin lautend, daß der Herzog Friedrich von Augustenburg ohne Aufschub vom Bundestag als Regent von Schleswig-Holstein anerkannt und ihm die Mittel zur Regierung nach Maßgabe der vom Herzog anerkannten Verfassung gewährt werden. Hr. Prof. Provence übernahm es nun, in einem längern geschichtlichen Vortrag die Haltlosigkeit der oldenburgischen Ansprüche nachzuweisen; derselbe führte dann noch aus, wie sehr ein rascher Abschluß und die Anerkennung des Herzogs Friedrich geboten sei und welche Gefahren ein Verzug, sowie namentlich auch die neulich wieder von Preußen in der Sache eingeschlagene Politik im Gefolge habe, und schloß damit, wie es an der Zeit sei, daß das Volk seine in der ganzen Angelegenheit bis jetzt mit Erfolg kundgegebene Meinung auf's neue und in energischer Weise geltend mache. Die vorgeschlagene Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. — Als die Versammlung sich schon zum Theil aufgelöst hatte, machte der Vorsitzende noch auf den Nothstand in Alsen aufmerksam. Es gingen sogleich in Folge dieser Anregung über 100 fl. an patriotischen Gaben ein.

§* Pforzheim, 26. Juli. Der Vorstand der hiesigen Schützengesellschaft entfaltet betreffs des am 7., 8., 9. und 10. des nächsten Monats hier abzuhaltenden Kreisschießens für Nieder-Baden eine rühmliche Thätigkeit. Man erwartet zahlreiche auswärtige Gäste, da die Zahl und die Qualität der zu verabreichenden Ehrengaben ganz ansehnlich sind, und auch von der hiesigen Einwohnerschaft, ihrem alten Ruf gemäß, erwartet werden kann, daß die Tage in recht festlicher und gemüthlicher Weise begangen werden.

Vermischte Nachrichten.

— Donaueschingen, 23. Juli. (D. W.-Bl.) Der Rechtsanwalt Joseph Heinemann dahier ist nach längerm Leiden am Morgen des heutigen Tages verschieden. Früher in Neustadt, übte er seit einer Reihe von Jahren seinen Beruf als Anwalt hier aus und hat sich durch seinen loyalen Charakter, durch seine streng rechtliche Handlungsweise, durch sein musterhaftes Benehmen als Bürger und Familienvater die Achtung der gesammten Einwohnerschaft und das Vertrauen seiner Klienten in hohem Grad erworben.

— Berlin, 25. Juli. Im Polenprozeß ist man im Lauf der vorigen Woche mit der Verlesung der Anklage ziemlich zu Ende gekommen. Nur die Spezialanklage gegen vier der am wenigsten gravirten Angeklagten wird noch in der nächsten, am Montag stattfindenden Sitzung verlesen werden, und dann werden die definitiven Verhandlungen mit den Angeklagten ihren Anfang nehmen.

Berichtigung. In dem Bericht über die Rede des Hrn. Oberschulraths-Direktors Dr. Knies in der gestrigen Beilage haben sich einige Druckfehler eingeschlichen. Spalte 3, Zeile 20 und 43 v. o. ist sogenannt statt sozial und Zeile 72 nicht statt noch zu lesen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

26. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 8,63'''	+16,5	S.W.	ganz bew.	trüb, Regen
Mittags 2 „	„ 8,66'''	+17,5	„	stark „	Sonnenbl. warm
Nachts 9 „	„ 9,30'''	+15,0	„	„ „	trüb, mild

Maxau, 27. Juli. Rheinwasser-Wärme 17 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.m.283. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. nächsten Monats wird eine neue direkte **Postverbindung** zwischen **Pfullendorf und Ueberlingen** ins Leben treten, welche aus Pfullendorf um 3 Nachmittags und aus Ueberlingen um 9⁴⁰ Vormittags abgehen und in Pfullendorf um 12⁵⁵ Nachmittags und in Ueberlingen um 6 Abends ankommen wird.

Karlsruhe, den 25. Juli 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.
Paris.

Lorentz.

Z.k.993. Heidelberg.

Bekanntmachung.

Die auf 14. k. M. nach Lörrach bestellte Generalversammlung des Allgemeinen Vereins der Notare ꝛc. wird aus den in nächster Nummer des Notariatsblatts angegebenen Gründen nicht abgehalten, und bis auf Weiteres verschoben.

Heidelberg, am 26. Juli 1864.

Vereinsdirektion.
Killy.

Pezold.

Z.m.190. Offenburg.

Die Offenlegung des Lagerbuchs der Gemarkung und Gemeinde Bohlsbach betr.

Nachdem das Lagerbuch dieser Gemeinde aufgestellt ist und, so weit bisher ermittelt werden konnte, sämmtliche Liegenschaftsstücke mit ihren Rechten und Lasten darin verzeichnet stehen, wird dasselbe nach §. 12 höchster Verordnung vom 12. Mai 1857 (Regbl. Nr. 21, S. 221) von heute an während 2 Monaten auf dem Rathhause zu Bohlsbach zu Jedermanns Einsicht aufgelegt.

Etwaige Einwendungen gegen die eingetragenen Beschreibungen der Liegenschaftsstücke und ihrer Rechtsbeschaffenheiten sind innerhalb obiger Frist bei dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen.

Offenburg, den 22. Juli 1864.

Der Bezirksgeometer
Seufert.

Z.m.289. Offenburg.

Glasfabrik Offenburg.

Die Herren Aktionäre werden nach Maßgabe des §. 22 der Statuten zu der ordentlichen, **Samstag den 13. August, Nachmittags 2 Uhr**, im Fabrikgebäude stattfindenden **Generalversammlung** eigeladen.

Tagesordnung: a) Erledigung der in § 24 der Statuten vorgeschriebenen Geschäfte;
b) Antrag auf Anlage eines neuen Ofens.

Offenburg, den 25. Juli 1864.

Der Direktor.

Z.m.284. Strasbourg. Une institutrice française, brevetée et de bonne famille, désire se placer comme gouvernante ou demoiselle de compagnie.

S'adresser L. B. rue des dentelles 12 Strasbourg.

Gesuch.

Z.m.286. Zur Besorgung eines kleineren Guts, wo mehr auf Gemüse und Obstzucht Werth gelegt wird, sucht Jemand einen fleißigen, braven, verheiratheten Gärtner, mit möglichst kleiner Familie, dem, neben freier Wohnung, ein entsprechender Lohn gegeben wird.

Nur Solche, welche über ihren Fleiß und Brauchbarkeit gute Belege besitzen, werden Berücksichtigung finden.

Deßfallsige Anerbietungen nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Pforzheim, den 27. Juli 1864.

Z.m.243. Karlsruhe.

Gehilfen-Gesuch.

Für eine Apotheke des badischen Oberlandes suchen wir, wo möglich zum sofortigen Eintritt, einen soliden Gehilfen gegen anständigen Gehalt und unter angenehmen Verhältnissen.

Gebrüder **Jost** in **Karlsruhe.**

Offene Verwaltersstelle.

Z.m.232. Für einen tüchtigen, im Großherzogthum Baden examinirten Apotheker ist im bad. Oberlande, Badeort, eine Verwaltersstelle unter vortheilhaften Bedingungen sogleich zu besetzen. Gute Behandlung und angemessenes Salair werden zugesichert. Zu erfragen bei der Expedition dieses Bl.

Z.m.290. Heidelberg.

Stelleantrag.

Ein junger Mann, wo möglich aus einem Mercerie-waaren-Geschäft, der eine **schöne** Hand schreibt und gewandt im Verkauf ist, kann sogleich eine Stelle finden.

Ferd. Guttenberger in **Heidelberg.**

Z.m.294. Mannheim.

Sandformer

finden gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung in der Eisengießerei

von **Pallenberg & Selbach** in **Mannheim.**

Z.m.263. Baden-Baden.

Sägewaaren.

Eine Holzhandlung am Niederrhein, die schon jetzt einen bedeutenden Umschlag in Sägewaaren besitzt, wünscht für den Verkauf darin eine direkte Verbindung einzugehen.

Franko Offerten sind zu richten: **Baden-Baden,** poste restante unter X. Z. Nr. 5.

Z.k.310.

Apotheken

in Bayern und der Pfalz sind zu verkaufen durch die Red. d. Neuen Jahrbuchs für Pharmacie — Dr. F. Vorwerk in Speyer. — Geringste Anzahlung 10 mille.

Civil-Uniform zu verkaufen.

Die nur einigemal getragene, vollständige Uniform eines Bezirks-Verwaltungs- (zweiten u. s. w.) Beamten ist zu verkaufen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes. Z.m.266.

Z.d.518.

Industriebörse Stuttgart.

Nächster Börsentag: Montag den 1. August 1864.

Z.m.160.

J. D. Garrett,

Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen,

Buckau bei Magdeburg,

empfiehlt den Herren Landwirthen seine Maschinen eigener Fabrik auf das angelegentlichste. Er verfertigt besonders:

Drillmaschinen, Pferdehacken, Düngervertheiler, Locomobilen und Dreschmaschinen.

Diese Maschinen stehen den besten englischen Fabrikaten in keiner Beziehung nach und sind bedeutend billiger als letztere; auch liefert J. D. Garrett dieselben **franco irgend einer Eisenbahnstation innerhalb eines Kreises von 40 Meilen um Magdeburg.** J. D. Garrett garantirt für ein Jahr und reparirt auf seine Kosten alle die Fehler, welche durch Verwendung schlechten Materials oder durch schlechte Arbeit entstehen könnten.

Eine 8-Pferd-Locomobile mit 54 Zoll weiter Dreschmaschine kostet mit allem Zubehör . . . . . Rthlr. 2540.

Eine 10-Pferd-Locomobile mit 60 Zoll weiter Dreschmaschine kostet mit allem Zubehör . . . . . Rthlr. 3020.

Auf gefällige Anfragen wird gern die umfassendste Auskunft ertheilt, und stehen **Kataloge und Zeugnisse** gratis zu Diensten.

Da von allen Maschinen immer mehrere in Arbeit oder auf Lager sind, so können dieselben jederzeit von den verehrten Kunden in Augenschein genommen werden, und wird hiermit um geneigten Besuch der Fabrik höflichst gebeten.

Z.m.291. Heidelberg.

Ausverkauf

bei Gärtner **Hoffmann** in **Heidelberg**, Plöckstraße Nr. 103, als: Myrthenbäume, große und kleine, Lorbeerbäume, Azaleabäumchen, Laurus, die im Winter blühen, Granatbäume, Melaleuca, Camelia, Korallenbäumchen, Paeonia Elisabeth, Fuchsia vielerlei, Hortensia, Acafe americana, schottisches Epheu und vielerlei andere Pflanzen. Auch an 300 Mistbeetfenster, 4' breit, 5' lang.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.

Keine grauen Haare mehr!

Melanogène

von **Dicquemare** aîné in **Rouen.**

Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.

Gen.-Depot bei **Fr. Wolff & Sohn,** Hoflieferanten in **Karlsruhe.** Z.k.819.

Z.m.275. Karlsruhe.

Weinversteigerung.

Wegen Geschäftsabgabe werden bei C. Hartweg Wittwe zum Rothen Haus in Karlsruhe

Mittwoch den 10. August 1864,
Vormittags 9 Uhr,

die unten verzeichneten, reingehaltenen Weine öffentlich versteigert:

Etwa 40 bad. Ohm Kaiserstühler (von Königschaffhausen) vom Jahr 1862,
„ 14 bad. Ohm Oberkircher vom Jahr 1857,
„ 1 bad. Ohm Müllheimer Edelwein vom Jahr 1857,
„ 1 bad. Ohm Mauerwein vom Jahr 1859,
„ 19 bad. Ohm Kaiserstühler (von Königschaffhausen) vom Jahr 1861,
„ 39 bad. Ohm Kappel-Rodecker vom Jahr 1862,
„ 10 bad. Ohm Kaiserstühler (von Königschaffhausen) vom Jahr 1863,
„ 3 bad. Ohm Affenthaler vom Jahr 1861,
„ 11 bad. Ohm ebenso vom Jahr 1862.

Sogleich nach dieser Versteigerung werden etwa 240 badische Ohmfässer von 20 Maß bis 16 Ohm Gehalt ebenfalls versteigert; was hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

Z.i.732. Nr. 15,326. Pforzheim. (Arrestanlegung.) Nachdem wir gegen die Firma Fühner u. Eberle dahier, sowie gegen die Theilhaber Georg Fühner und August Eberle von hier Gant erkannt haben, wird sämmtlichen Schuldnern der Genannten bei Vermeidung doppelter Zahlung aufgegeben, ihre Zahlungen oder Leistungen an Niemanden als den einstweiligen Massepfleger, Waisenrichter Kiefer dahier, zu machen.

Pforzheim, den 21. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Gerstner.

V.949. Nr. 5574. Baden. (Bekanntmachung.) Die unter Ordnungszahl 11 zum Handelsregister, Abtheilung 2, am 12. November 1863 eingetragene Aktiengesellschaft mit Firma „Allgemeine Wasser-Versorgungsgesellschaft in Baden" hat sich durch notariell beurkundeten Beschluß der Aktionäre aufgelöst.

Dies wird mit dem Anfügen veröffentlicht, daß die Gläubiger sich nach Art. 243 des allgem. deutschen Handelsgesetzbuchs bei der Gesellschaft zu melden haben, und daß die Liquidation durch den Vorstand, Johann Simon Doer dahier vorgenommen wird.

Baden, den 15. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Schultz.

V.953. Nr. 3655. Philippsburg. (Bekanntmachung.) Heute wurde nachstehendes Urtheil vom Heutigen in das Handelsregister eingetragen: Es sei das Vermögen der Ehefrau des Kaufmanns Josef Anton Reiff von Rheinhausen, Franziska, geb. Keller, von Zeuthern, von jenem ihres Ehemannes abzusondern und Erstere für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen in eigene Verwaltung zu übernehmen.

Philippsburg, den 21. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Mors.
Z. Begl. Hoffäß.

V.960. Nr. 6182. Schwetzingen. (Bekanntmachung.) Unter O.-Z. 61 wurde heute in das Firmenregister eingetragen: Firma: Abraham Seidenberger. Inhaber der Firma: Abraham Seidenberger in Schwetzingen. Ehevertrag mit Sophie Maier von Königsbach vom 22. Dez. 1845, wornach jeder Theil 25 fl. in die Gemeinschaft wirft, alles Uebrige für verliegenschaftet erklärt wird.

Schwetzingen, den 15. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.
Kappes.

V.961. Nr. 6302. Schwetzingen. (Bekanntmachung.) Unter O.-Z. 62 wurde heute in das Firmenregister eingetragen: Firma J. Baust. Inhaber der Firma: Jakob Baust in Oftersheim.

Schwetzingen, den 20. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Ried.
Kappes.

V.968. Nr. 12,629. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Kaufmann Sigmund Ettlinger von hier, Theilhaber der Gesellschaft: Gebrüder Ettlinger in Karlsruhe, hat sich mit Emma Mainzer von Mannheim verheirathet; jedes der beiden Eheleute wirft laut Ehevertrag vom 14. Juni d. J. 50 fl. in die Gemeinschaft ein, alles übrige gegenwärtige und künftige, aktive und passive Fahrnißvermögen beider Eheleute soll verliegenschaftet sein. Der Eintrag ins Gesellschaftsregister erfolgte unterm Heutigen unter O.-Z. 28.

Karlsruhe, den 21. Juli 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
v. Vincenti.

Z.i.674. Nr. 1571. Neustadt. (Erbvorladung.) Bernhard Hängler, ledig, von Kappel, ist zum Nachlasse seines daselbst verstorbenen Vaters, Fidel Hängler, Maurer, berufen.

Da aber sein Aufenthalt diesseits unbekannt ist, wird er anmit aufgefordert, sich

binnen drei Monaten

um so gewisser anher zu melden, als sonst die Erbschaft Denen zugetheilt würde, denen sie zukäme, wenn er zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Neustadt, den 19. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Reichert.
vdt. Basler, Notar.

Z.i.733. Nr. 5639. Baden. (Diebstahl und Fahndung.) Am 7. d. M. wurden aus einem hiesigen Hause folgende Gegenstände entwendet:

Ein Rock von schwarzem f. g. Doppelmerino mit schwarzen Knöpfen und hellem Futter, eine schwarzseidene Weste mit gestickten schwarzen Blumen, eine grünseidene Weste mit kleinen grünen Tupfen, eine Kasimirweste, eine graugelbe Weste von Sommerzeug, eine Kleiderbürste, eine Tasche von schwarzem Leder mit Stahlschloß, 2 Paar Frauenstiefel, ein gesticktes Corsette.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete, sowie den Thäter.

Baden, den 18. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
J. A. d. A.:
Schmitt.

Z.i.738. Nr. 10,306. Rastatt. (Aufforderung.) Der verheirathete, 39 Jahre alte Flößer Jakob Anselm von Hörden ist der Entwendung von 50 Dielen, im Werthe von 23 fl., zum Nachtheil des Schiffers C. Kast von Gernsbach, und damit des Diebstahls unter dem Erschwerungsgrunde des § 385 Z. 6 des Strafgesetzbuches angeschuldigt und hat sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen.

Derselbe wird aufgefordert, sich

innerhalb 4 Wochen

dahier zur Einvernahme zu stellen, widrigens nach Aktenlage gegen ihn erkannt würde.

Rastatt, den 26. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Bassermann.

Z.i.737. Nr. 12,970. Mosbach. (Aufforderung und Fahndung.) Der ledige Eisenbahn-Arbeiter Rovredo Dominico aus Porgine wird aufgefordert,

binnen 4 Wochen

zur Eröffnung der Zusammenstellung der Anschuldigungs- und Entlastungsbeweise in der gegen ihn anhängigen Untersuchung sich zu stellen, widrigenfalls lediglich nach Lage der Akten erkannt würde.

Gleichzeitig bitten wir sämmtliche Polizeibehörden, den Genannten, wegen dessen Signalement wir auf das Ausschreiben in Nr. 138 der Karlsruher Zeitung d. J. hinweisen, im Betretungsfalle auf dem Schub hieher abliefern zu lassen; den Arbeiter Petro Piaza aus Diezer aber, der als Zeuge in dieser Sache nachträglich zu beeidigen ist, mit Laufpaß hieher zu weisen.

Mosbach, den 10. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hirschhorn.

Z.i.740. Nr. 5845. Baden. (Erledigte Aktuarsstelle.) Bei diesseitigem Amtsgericht ist auf 1. Oktober d. J. eine Aktuarsstelle mit 400 fl. Gehalt und Nebeneinnahmen zu besetzen.

Baden, den 25. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
J. A. d. A.:
Schmitt.

Z.i.736. Nr. 15,706. Heidelberg. (Offene Aktuarsstelle.) Auf den 1. Septbr. d. J. ist die Stelle des Protokollführers in dem Zivilbureau des Stadtbezirks mit einem jährlichen Gehalt von 400 fl. zu besetzen.

Heidelberg, den 25. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Kah.

Z.m.241. Nr. 2410. Bruchsal. (Erledigte Gehilfenstelle.) Unsere 1. Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalt von 500 fl. ist in Erledigung gekommen und soll bis 1. September wieder besetzt werden. Berechtigte Bewerber wollen ihre Gesuche sofort unter Vorlage der Zeugnisse anher einreichen.

Bruchsal, den 21. Juli 1864.

Großh. Domänenverwaltung und Forstkasse.
Stöckel.

Z.m.297. Offenburg. (Offene Dekopistenstelle.) Bei diesseitiger Stelle ist eine Dekopistenstelle vakant, welche sogleich besetzt werden soll. Lustragende wollen sich unter Anschluß von Zeugnissen bald melden. Gehalt 250 fl.

Offenburg, den 26. Juli 1864.

Großh. Obereinnehmerei.
Maler.

Frankfurt, 26. Juli 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. d. R.	— —	G.Hess.	4% Obligation.	100¼ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% do.	94 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	81½ G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ G.
„	5% do. 1859 „ „	79⅞ bez.	„	4½% do.	102½ G.
„	5% do. 1864 „ „	76⅛ bez.	„	4% do.	99⅜ P.
„	5% Lomb. i. S. d. R.	91⅝ P.	„	3½% do.	92¾ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	84 P.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¾ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68⅛ b. G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	93¼ P.
„	5% Met.-Obligat.	61¼ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61¼ G.	„	4% do. à 105 fr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	53½ G.	Frankf.	3½% Obligation.	96 P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 P.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	102¼ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	87⅜ P.
„	4% do.	98½ P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88⅝ P.
„	3½% Staatssch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig	102¼ G.	„	2½% Schuld	45⅜ P.
„	4½% ½jährig	102⅜ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100 P.
„	4% 1jährig	99⅝ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ P.
„	4% ½jährig	99⅞ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94 P.
„	4% Ablös.-Rente	99⅝ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	93 P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100½ G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ G.	„	4½% Bern. St.-O.	101⅝ P.
„	4% do.	103¼ G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	96 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	96¼ G.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	— —
„	3½% do. v. 1842	92¾ P.	„	6% do. r. 1882	46⅛ b. G.
G.Hess.	5% Obligation.	101⅞ P.	„	5% do. r. 1871	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139 P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	— —
3% Oesterr. Bank-Aktien	797 P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50⅜ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	195½ G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅜ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	918 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅞ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220½ G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	79½ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	96 G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98 P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81½ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105½ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-PrO. 6/7	86¼ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101 P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	322 P.	5% Oest. Lib. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	97¼ P.	5% „ „ 2. „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	102⅝ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	110½ G.	4% „ „ „	98¼ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	— —	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	— —
Rhein-Nahe-Bahn	27¾ P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	147½ b G	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	99 P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106 P.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111¼ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	111¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	123½ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	90 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	134¼ P.
„ 250 fl. „ 1854	77½ P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	130¾ P.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅜ b G.
„ 100 fl. v. 1864	95¾ P.
3½% Preuß. Pr. A.	124¾ G.
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.
Bad. 50-fl.-Loose	117 G.
„ 35-fl.-„	53¼ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	54¼ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	133½ P.
„ 25 fl. „ „ „	37¾ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36 P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63 P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33 G.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	84⅛ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅜ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅞ G.
Antwerpen	„	94 G.
Augsb. 200 fl.	„	99¾ G.
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	96⅜ bez.
Brüssel	„	94 G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88⅞ B.
Leipzig	„	105⅛ B.
London	„	118¾ G.
Maild. i. Fr. 200	„	94 G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.	„	94⅛ G.
Wien	k. S.	102¼ B.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40	-41
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 49	-50
Rand-Ducat.	„	5 33	-34
20-Frankenst.	„	9 25½	-26½
Engl. Sover.	„	11 48	-52
Russ. Imper.	„	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	„	803	-808
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20 r.	„	30 24	G.
Rand-20 r.	„	30 12	G.
Hb. Silb. p. Zpfd.	„	52 15	-45
Preuß. Cassch.	„	1 45	-45¼
Doll. in Gold	„	2 26½	-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)